

SPD – Fraktion
Wolfgang Schwalbe
B90/GRÜNE – Fraktion
Gerd Langhorst

Gemeinde Rastede
Herrn Bgm. D. Decker
Herrn GD W. Röttger
Rathaus

GEMEINDE RASTEDE			
Eing. 06. Dez. 2002			
HVB	FB	STS	GB
X		X	

Kopie an Frau Jäger
Print 16.12.02 für 4/12

3.12.200

Antrag für die nächste Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Gemeindedirektor,

bitte nehmen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des BauPIUmStr.-Ausschusses:

Der Rat möge beschließen:

„Die Gemeinde Rastede vereinbart mit den Betreibern von Mobilfunk-Anlagen folgende Punkte und setzt damit die von den kommunalen Spitzenverbänden mit den Mobilfunkbetreibern vereinbarten Rahmenbedingungen für das Gemeindegebiet um:

- Das Aufstellen von Mobilfunksendeanlagen erfolgt künftig nach einem transparenten Verfahren, in das die Bevölkerung im Vorfeld aktiv einbezogen wird. Die Emissionswerte werden nach der Installation überprüft und überwacht, die Werte sind zugänglich zu machen.
- Es werden grundsätzlich mehrere Standortalternativen überprüft,
- Die Wahl der Standorte erfolgt unter folgenden Aspekten:
 - vorbeugender Gesundheitsschutz
 - Berücksichtigung des Orts- und Landschaftsbildes
 - Berücksichtigung bereits vorhandener hochfrequenter Feld-Quellen
 - Berücksichtigung von Kindergärten und Schulen
 - Abstände zur Wohnbebauung werden präventiv wesentlich größer als zur Zeit vorgeschrieben eingehalten
 - Abstimmung mit benachbarten Kommunen
- Es werden grundsätzlich alle Möglichkeiten („Stand der Technik“) ausgenutzt, um eine möglichst niedrige Exposition der betroffenen BürgerInnen zu gewährleisten. Dazu gehört auch die Abstimmung der Betreiber untereinander.“

Die Gemeinde setzt sich für eine Änderung der niedersächsischen Bauordnung ein mit dem Ziel, den Kommunen größere Mitwirkungsrechte beim Aufstellen von Mobilfunkanlagen einzuräumen.

Die Gemeinde setzt sich über die kommunalen Spitzenverbände beim Bundesgesetzgeber dafür ein, dass im Zuge der Novellierung der 26. BimSchVO deutlich geringere Grenzwerte eingesetzt werden.

Begründung:

Die Diskussion um Mobilfunkanlagen und die Auswirkungen elektromagnetischer Felder auf die Gesundheit des Menschen ist nach wie vor voll im Gange. Die allgegenwärtige und ständige Strahlung aus Hochfrequenzanlagen, der die BürgerInnen durch eigene Entscheidung nicht entgehen können, erfordert eine besonders gründliche Planung und Präventionsüberlegungen beim weiteren Ausbau dieser Techniken.

Auf dem Internationalen Mobilfunkkongress in Salzburg im Juni 2000 wurde berichtet, dass über 40 Studien darauf hinweisen, dass Mobilfunkstrahlung auch unterhalb der derzeit erlaubten Grenzwerte gesundheitsschädlich wirkt. In einer auch von der Bundesärztekammer unterstützten Resolution wird eine drastische Senkung der Grenzwerte gefordert. Auch die niedersächsische Ärztekammer bestätigt entsprechenden Forschungsbedarf, vor allem im nichtthermischen Bereich der Strahlungsauswirkungen.

(Siehe Anlagen:

- nds. Ärztekammer vom 17.07.02
- Sonderdruck aus Ärzte-Zeitung Nr. 176 vom 4. Oktober 2000)
- Literaturzusammenstellung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
- c't, Heft 25/2002, Artikel "WLAN und die Elektrosmogdebatte"

Die Kommunen stehen der Invasion von Mobilfunksendanlagen mehr oder weniger hilflos gegenüber, da sie kaum über rechtliche Möglichkeiten verfügen, die Aufstellung von Sendemasten zu beeinflussen. Dies wird sich zuspitzen, weil die UMTS-Technik der 3. Generation eine große Menge neuer Sendestationen nach sich zieht und es additiv zu einer Erhöhung der Exposition kommt. In dieser Situation sollte die Gemeinde Rastede bei der sich immer hektischer vollziehenden Installation neuer Sendeanlagen für das Gemeindegebiet ordnend eingreifen. (Trotz Vereinbarung der kommunalen Spitzenverbände mit den Mobilfunkbetreibern werden immer wieder Fälle bekannt, wo diese Vereinbarung nicht beachtet wurde und „über Nacht“ neue Sendetürme die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen stellen).

Der o.g. Beschluss wird die Verhandlungsposition der Verwaltung wesentlich stärken, zu einer geordneten Entwicklung auf diesem Gebiet beitragen und den zweifellos in der Bevölkerung vorhandenen Sorgen und Ängsten konstruktiv entgegen wirken.

Mit freundlichem Gruß,


SPD-Fraktion


B90/GRÜNE -Fraktion

4 Anlagen